

Ulrich Sander, Herne, 2. September 2024 – Rede zum Antikriegstag

Was war am 1.9.1939 und was folgte?

Im Sommer 1939, als der Krieg unmittelbar bevorstand, erhielten sämtliche Wehrmachtsoffiziere das Buch der Naziparteiführung "Wehrmacht und Partei". Darin wird zum bevorstehenden Krieg gesagt: Jetzt steht "das deutsche Volk in einem harten Kampf um sein Lebensrecht gegen seine jüdischen und demokratischen Feinde". Und "Recht bekommt, wer sich im Daseinskampf durchzusetzen versteht." Es gehe um "Forderungen an Siedlungsland, an Rohstoffquellen und an Absatzmöglichkeiten".

Der deutsche "Daseinskampf" forderte dann 55 Millionen Tote. Allein sechs Millionen waren Jüdinnen und Juden. 25 Millionen Opfer waren Bürger der UdSSR. Das alles soll nach AfD-Führer Alexander Gauland ein 'Vogelschiss der Geschichte' sein. Weiter Gauland: 'Wir haben das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen.' Doch nicht nur Gauland redet so, auch ein Bundeswehrtraditionserlass der letzten Zeit bekräftigte die Vorbildrolle der Naziwehrmacht.

Welcher Kriegskurs wurde von Deutschland eingeschlagen?

Nach der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 1945 schworen wir uns: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus. Doch dieser Schwur war bald bei den bei uns Herrschenden vergessen. Jetzt, am 6. August 2024, haben deutsche Panzer in Kursk die russische Staatsgrenze überschritten. Eine Veranstaltung zum Antikriegstag darf dazu nicht schweigen. Mit deutschen Panzern wurde am 1. September 1939 schon einmal ein Weltkrieg ausgelöst. Der Antikriegstag erinnert an die Forderung: Insbesondere von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!

Dazu haben sich die beiden deutschen Staaten im 2plus4-Vertrag verpflichtet. Die Bundesrepublik Deutschland hat diese vertragliche Verpflichtung bereits mit der Beteiligung am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien verletzt.

Die NATO-Politik der Konfrontation und der Aufrüstung hat den Namen „Friedens- und Sicherheitspolitik“ nicht verdient. Sie hat Frieden und Sicherheit in Europa untergraben. Sie hat den Ukrainekrieg, den Angriffskrieg Russlands nicht verhindert, sondern befördert. Und sie bietet keine Perspektive für die Beendigung dieses Krieges. Die NATO-Vision eines Siegfriedens über Russland ist eine vollkommen irrsinnige und absolut abenteuerliche Illusion!

Bedroht Russland die NATO? Ein solcher Angriff käme Russlands Untergang gleich. Schon heute verfügt die NATO über sehr viel mehr als nur „ausreichendes“ Abschreckungspotential.

Zu einem Verhandlungsfrieden mit Russland gibt es keine Alternative. Sogenannte Waffenhilfen helfen nicht. Das gilt ganz besonders für deutsche Waffen.

Wir Antifaschistinnen und Antifaschisten, wir Friedensleute haben Erinnerungsarbeit als Friedensarbeit anzusehen. Dazu gehört: Die Verteidigung des Existenzrechts Israels ist eine Lehre der Geschichte. Sie darf aber nicht länger zum Angriff auf die Rechte der Palästinenser missbraucht werden. Zu verlangen ist, das Schluss gemacht wird mit einem sogenannten Kampf gegen den Antisemitismus, der auf einer Zustimmung zu Kriegsverbrechen der israelischen Regierung beruht. Ebenso zu verurteilen ist der Terror der Hamas gegen Israelis. Es muss endlich die Zwei-Staaten-Regelung durchgesetzt werden. In jedem Fall gilt das Wort des legendären Fritz Bauer: Was du nicht willst, das man dir tu', das füg' auch keinem anderen zu.

Medien für den Frieden? Ja bitte!

Wir haben leider immer wieder erleben müssen, dass eine gewaltige Medienmacht zugunsten der Kriegspropaganda eingesetzt wurde. Ich freue mich sagen zu können, dass sich hier eine Änderung andeutet. Aus der „Süddeutschen Zeitung“ und aus der Funke-Gruppe kamen Aufrufe an die Friedensbewegung, endlich wieder machtvoll aufzudrehen. Es gäbe dafür gute Gründe. "Die atomare Bedrohung ist wieder da – und die Sorge auch." Heribert Prantl mahnte in der Süddeutschen Zeitung vom 19.7.24: "Es ist still. Es ist totenstill. In Deutschland werden Tomahawk-Marschflugkörper, SM-6-Raketen und Hyperschallraketen aufgestellt – und es bleibt still im Land. Kein lauter Protest, kein Aufschrei, keine Demonstrationen. Deutschland ist das einzige Land in Europa, in dem diese US-Waffensysteme stationiert werden. Sie richten sich gegen Russland. Warum ist es so still?"

Und dann die "Westdeutsche Allgemeine" aus der Funke-Gruppe, sie schrieb: "Die Angst vor einem Wettrüsten ist wieder da. Raketen-Pläne der Nato wecken Erinnerungen an die Demos gegen den 'Doppelbeschluss' zu Beginn der 1980er Jahre." Erinnert wird auch daran, dass die Grünen ihre Existenz dem Engagement der Partei in der Friedensbewegung verdanken. Und einst gab es ein Umdenken, das Willy Brandts Politik zum Erfolg verhalf. Er sagte: Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.

Heute ist die Friedensbewegung geschwächt vor allem auch dadurch, dass die Grünen und die SPD, die 1983 auf der Seite der Friedensaktionen standen, zu Kriegsparteien geworden sind. Damals hieß es: Wir müssen verhindern, dass unser Land zum atomaren Schlachtfeld wird. Und darum geht es auch heute.

SPD-Fraktionschef Mützenich warnte: Die Tomahawks, die jetzt zur Aufstellung kommen sollen, sind weitaus präziser als seinerzeit die Pershings. Moskau kann atomar angegriffen und getroffen werden, ohne Vorwarnzeit. Und während in den 80ern die UdSSR noch versicherte, niemals als erste die Bombe einzusetzen, hat Russland nunmehr ebenso wie die USA die Ablehnung des Erstschlages abgelehnt. 1987 wurde ein Abrüstungsvertrag namens INF unterzeichnet, der 2019 von den USA unter Präsident Trump wieder gekündigt wurde. Und nun droht dieser Trump, wieder US-Präsident zu werden, derselbe der einst sagte: Wozu haben wir die Atomwaffen eigentlich, wenn wir sie nie einsetzen?

Noch 2010 beschloss der Bundestag mit breiter Mehrheit, die Regierung Merkel solle sich „mit Nachdruck“ für den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen. Daran muss nun erinnert werden. Und zwar mit breitem Massenprotest auf den Straßen.

Militarismus im Inneren

Das Bundesverteidigungsministerium hatte vorübergehend eine Neuregelung zum Umgang der Bundeswehr mit dem historischen Erbe der Wehrmacht erlassen. Jedoch gehört dies Konzept offenbar weiterhin zur Truppenpraxis. Man schwor die Truppe und Öffentlichkeit auf „Kriegstüchtigkeit ein“ und ließ mit „Erläuternden Hinweisen“ zum Traditionserlass klarstellen, dass die Beteiligung an Völkermord und Vernichtungskrieg kein Hindernis sein muss, als kriegerisches Vorbild für die Bundeswehr zu dienen.

Es wurde betont, dass die „rund 40.000 von der Wehrmacht übernommenen ehemaligen Soldaten“ für ihre Rolle beim Aufbau der Bundeswehr gewürdigt werden. Schließlich hätten sie „sich zu großen Teilen im Gefecht bewährt“ und über wichtige „Kriegserfahrungen“ verfügt. Das war zu entlarvend. Die ausdrückliche Betonung der Vorbildrolle der Wehrmacht wurde wieder aufgegeben. Was tatsächlich nun gilt, wird offenbar verschwiegen. Wir kommen der AfD-Position zur Änderung der Erinnerungskultur näher.

Dass die Bundeswehr eine demokratische Parlamentsarmee ist, dass es ein Primat der Politik vor dem Militär gibt, ist ein Märchen. In zu vielen Fragen wird der Bundestag nicht eingeschaltet. Schon längst wirkt ein heimlicher, übrigens

in Potsdam 1945 verbotener deutscher Generalstab, in dem offenbar AfD-

Militärs wie General Wundrak Einfluss haben. So wirken die Reden des Kanzlers und Ministers genau genommen wie das Echo aus Reden der höchsten Generäle.

Wir müssen alle zusammen dafür sorgen, dass die seit über 150 Jahren gepflegten militaristischen Einflüsse und Usancen beseitigt oder künftig verhindert werden, als da sind: Bundeswehroffiziere als Werber für „Kriegstüchtigkeit“ in Schulen und Hochschulen, Militarisierung der Forschung, Propaganda unter der Losung „Kanonen statt Butter“. Seit Jahren fahren Uniformträger kostenlos mit den Verkehrsmitteln, es wird Heldengedenken per Veteranentage propagiert, in Schwimmbädern werden Werbetransparente „Deine Marine“ aufgehängt. Schluss damit.

Außerdem: Die Wehrpflicht soll wieder eingeführt werden. Sie war nie weg, nur ausgesetzt. Wer unter 60 Jahre ist und gemustert wurde, kann zur Reserve einberufen werden. Reservistenverbände werden ausgebaut, sie können im In- wie Ausland eingesetzt werden. In allen Städten gibt in den Rathäusern Kommandos der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit, um schnell in der Lage zu sein, die Truppe weiter aufzustocken. Wir müssen endlich hinschauen, was da passiert.

Die AfD ist eine Kriegspartei

Bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen waren drei Parteien mit Positionen gegen den Krieg gegen Russland angetreten: die LINKE, das Bündnis Sahra Wagenknecht und die rechtsextreme Alternative für Deutschland. BSW und AfD stellten sich in der Migrationsfrage auf die Seite der den Krieg befürwortenden Ampel- und Unionsparteien. Nur die LINKE war zugleich gegen Krieg und gegen Rassismus. (Sie hat aber die Antikriegsaussagen im Wahlkampf nicht stark betont.)

Der Antirassismus ist auch bitter nötig. Denn widerliche Messerattacken werden zur widerlichen Hetze gegen die Migranten missbraucht, die Remigrationspläne werden popularisiert. Die AfD möchte ein Viertel unserer Bevölkerung abschieben. Der Kanzler möchte mehr abschieben als je zuvor. Die CDU stellt gar das Grundrecht auf politisches Asyl gänzlich in Frage.

Gestern war ein schwarzer Tag für eine friedliche und demokratische Bundesrepublik. Die AfD gewann in zwei Bundesländern mehr als 30 Prozent der Stimmen. Die AfD gab sich als Friedenspartei aus. Aber sie ist keine Friedenspartei. Die AfD-Bundestagsfraktion hat laut Junge Freiheit • Nr. 15/23 klargestellt: "Wir stehen fest an der Seite unserer Bundeswehr und setzen uns dafür ein, sie zu stärken." Man habe sich nicht einseitig auf die Seite Russlands

geschlagen, sondern vertrete "deutsche Interessen". Die gewaltigen

Zahlungen für die Rüstung werden von der AfD unterstützt, die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird geplant. Der Militarismus schreitet mit dieser AfD voran. Kanonen statt Butter - das will auch die AfD.

Die AfD ist eine Partei des Rassismus und des Neonazismus, auch Partei des Krieges und des Militarismus. So entnimmt man es dem Militärprogramm des „Arbeitskreises Verteidigung“ der AfD-Bundestagsfraktion. Dem Bericht des AfD-Arbeitskreises der Offiziere ist zu entnehmen: Die AfD „strebt eine Novellierung der grundgesetzlichen Vorgaben an.“ Das bedeutet, sie will den Friedensauftrag des Grundgesetzes beseitigen. Eine Forderung der AfD wurde in diesem Sinne schon erfüllt, und zwar mit dem ins Grundgesetz eingefügten Sondervermögen. Die AfD sagt: „...es darf das jährlich schwankende Budgetrecht des Parlaments nicht dazu führen, dass die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr ... zur Disposition steht.“ Das ist eindeutig. Weitere Forderungen der AfD: Das Reservekorps der Bundeswehr wird im Grenzschutz eingesetzt. Es unterstützt die Polizei. Seine Stärke soll 50.000 Soldaten betragen. Die Bundeswehr wird im Innern eingesetzt.

All dies veranlasst uns zu entschiedenem antifaschistischem und antimilitaristischem Widerstand.

Am 21. September wollen wir im Nato-Stützpunkt Kalkar/Uedem und am 3. Oktober in Berlin demonstrieren.

Wir fordern in den Aufrufen dazu dies:

- Diplomatie und Verhandeln statt Waffenlieferungen, Hochrüstung und Krieg
- Keine neuen Mittelstreckenraketen.
- Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag, Atomwaffen verschrotten,
- Zukunftsperspektiven für die Jugend statt Wehrpflicht
- Kein Werben fürs Sterben, auch nicht fürs Sterben der Flüchtenden im Mittelmeer
- Geld nicht für Waffen – sondern für Bildung, öffentliche Infrastruktur, Wohnen, Klimaschutz und soziale Einrichtungen.

Ich möchte an die Mahnung Erich Kästners erinnern: „Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten.“ Der rollende Schneeball hat gestern viel Fahrt aufgenommen!

